

Interfraktioneller Antrag

An den
Vorsitzenden des Reutlinger Gemeinderats
Herrn Oberbürgermeister Keck
Rathaus

Reutlingen

Fairer Handel - Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland

Antrag

06.03.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Keck,
wir beantragen:

Die Stadt Reutlingen unterzeichnet die Resolution für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland.

Damit bekräftigt die Stadt Reutlingen, die Anforderungen als Fairtrade-Stadt in weiteren Bereichen wie den Tochterunternehmen umzusetzen.

34 Städte und Gemeinden aus ganz Deutschland haben die Resolution „Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland“ auf den Weg gebracht. Damit senden sie ein klares Signal an die Bundesregierung, den Welthandel fairer zu gestalten und Menschen- und Umweltrechte zu schützen. Reutlingen hat 2012 den Titel Fairtrade-Stadt erhalten. Mit der Unterzeichnung dieser Resolution fordern wir soziale, menschenrechtskonforme und ökologische Standards und sind so als öffentliche Hand Vorbild für die ganze Gesellschaft. Dieses in allen Bereichen der Stadtverwaltung und ihrer Tochterunternehmen umzusetzen, ist weiterhin ein wichtiges Ziel.

Die Erstunterzeichner dieser Resolution sind die folgenden Kommunen:

Stadt Bonn, Stadt Brake (Unterweser), Kreisfreie Stadt Bremen, Stadt Dinslaken, Gemeinde Dornstadt, Stadt Ebern, Stadt Eltville am Rhein, Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, Stadt Fürth, Stadt Geesthacht, Stadt Halle (Saale), Landeshauptstadt Hannover, Stadt Heidelberg, Gemeinde Knetzgau, Stadt Koblenz, Gemeinde Lamspringe, Bezirk Lichtenberg von Berlin, Landeshauptstadt Mainz, Bezirk Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Landeshauptstadt München, Stadt Münster, Bezirk Neukölln von Berlin, Stadt Neumarkt i.d.OPf., Bezirk Pankow von Berlin, Marktgemeinde Roßtal, Stadt Sinzig, Stadt Solingen, Stadt Stein, Bezirk Treptow-Köpenick von Berlin, Stadt Trier, Stadt Vilshofen an der Donau.

Mit freundlichen Grüßen

SPD-Fraktion

Die Grünen und Unabhängigen

Linke Liste

Helmut Treutlein

Gabriele Janz

Rüdiger Weckmann, Carola Rau

Resolution: Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland

Brennende Textilfabriken, vergiftetes Trinkwasser oder ausbeuterische Zwangs- und Kinderarbeit sind nur die Spitze des Eisbergs: Schäden an Umwelt und Natur sowie prekäre Arbeitsbedingungen in den Ländern des Globalen Südens sind leider immer noch weit verbreitet - obwohl universelle Regeln zur Sicherung von Menschen- und Umweltrechten von fast allen Staaten ratifiziert wurden. Die Corona-Krise hat die Fragilität und ungleiche Lastenverteilung globaler Lieferketten noch weiterin den Fokus gerückt: Millionen Produzent*innen sind durch Auftragsstornierungen und das Zusammenbrechen ihrer Absatzmärkte in ihrer Existenz bedroht.

Deshalb setzen sich zahlreiche Kommunen bereits für faire, ökologische und menschenrechtskonforme Standards im öffentlichen Einkauf ein und zeigen: verantwortliche Beschaffung ist möglich!

Um sozial verantwortliche Beschaffung zur Regel zu machen, greifen wir, die Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen in Deutschland, die Forderungen der [Initiative Lieferkettengesetz](#) auf und setzen uns ebenfalls ausdrücklich für die Einführung eines Lieferkettengesetzes ein, wie es im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgeschrieben wurde. Zunehmend fordern auch Unternehmen einen gesetzlichen Rahmen, der gleiche Wettbewerbsbedingungen schafft.

Mit Sorge beobachten wir jedoch, dass die Regierungskoalition den Beschluss zur Einführung des Lieferkettengesetzes mehrfach vertagt hat. Zudem droht die Diskussion innerhalb der Großen Koalition die Wirkkraft des Lieferkettengesetzes zu mindern.

Wir fordern daher einen gesetzlich verbindlichen Rahmen, der Unternehmen dazu verpflichtet, Risiken zur Verletzung von international anerkannten Menschen-, Arbeits- und Umweltrechten entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette zu analysieren, diesen vorzubeugen und transparent darüber zu berichten! Bestehende Verletzungen dieser Rechte müssen beendet und ein Beschwerdemechanismus in den Unternehmen eingeführt werden. Freiwillige Maßnahmen reichen nicht. Haftungsregelungen sind das Kernstück eines wirksamen Lieferkettengesetzes, um die Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsschutz für Betroffene zu garantieren. Zur Umsetzung des Lieferkettengesetzes müssen zudem effektive Durchsetzungsmechanismen von staatlichen Behörden etabliert werden. Nachhaltige Beschaffung kann nicht länger am Willen und am fachlichen Know-How Einzelner hängen. Ein wirksames Lieferkettengesetz muss beispielsweise ermöglichen, dass Unternehmen von der öffentlichen Vergabe ausgeschlossen werden, wenn nachweislich Sorgfaltspflichten verletzt wurden sowie ein Sorgfallsplan nicht oder nur unvollständig vorliegt.

Ein derart ausgestaltetes Lieferkettengesetz bildet die rechtlich verbindliche Grundlage, verantwortungsvoll zu konsumieren und zu produzieren, menschenwürdige Arbeit für Alle zu fördern sowie die Entkopplung von wirtschaftlichem Handeln und Umweltzerstörung zu erreichen. Damit kann ein Beitrag zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele auch auf lokaler Ebene geleistet werden.

Bei einem bundesweiten Einkaufsvolumen der öffentlichen Hand von rund 350 Milliarden Euro, wovon ein Großteil auf die Kommunen entfällt, setzen wir uns als kommunale Vertreterinnen und Vertreter dafür ein, dass das ökonomische Steuerungspotenzial wirkungsvoller für die Durchsetzung sozialer und gesellschaftspolitischer Ziele genutzt wird.

Als öffentliche Hand haben wir die Verpflichtung, faire, ökologische und menschenrechtskonforme Standards in unserem Einkauf und Handeln zu gewährleisten. Wir wollen nicht, dass mit öffentlichen Geldern Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung finanziert werden. Ein Lieferkettengesetz in Deutschland ist überfällig und ein wesentlicher Baustein für mehr globale Gerechtigkeit.

Die Stadt/die Gemeinde/der Landkreis

(Bitte Unzutreffendes streichen und Name der Kommune einfügen)

hat die Resolution mit Beschluss vom _____ angenommen.

Benennung des beschließenden Gremiums: _____
(optional)

unterzeichnet die Resolution durch den/die Vertretungsberechtigte/n.
(obligatorisch)

(Bitte Vorname, Name, Funktion einfügen)

Ort, Datum, Unterschrift